

Stellungnahme zum Neubau eines Bürogebäudes auf dem Gelände „Alte Post“

Die GRÜNEN sind für Wohnbebauung auf dem alten Postgelände. Auch wenn zuletzt in der Stadtverordnetenversammlung wie auch früher schon die Behauptung aufgestellt wurde, die GRÜNEN hätten vor sieben Jahren eine Wohnbebauung an dieser Stelle verhindert, bleibt diese falsch. Kritisiert wurde seinerzeit, und das nicht nur von den GRÜNEN, die ausragende Planung zur Bebauung und die mangelhafte verkehrliche Planung. Dass die Unternehmung dem Investor nicht mehr lukrativ genug erschien und er seinen Antrag zur Aufstellung des Bebauungsplans zurückzog, können wir nur vermuten. Wahr ist allerdings, dass eine damals achtköpfige Fraktion im Parlament keine Mehrheit darstellt, die ein Bauvorhaben verhindern oder beschließen konnte. Dies mussten die GRÜNEN leider auch erleben, als es um die geplante Wohnbebauung des Parkplatzes an der Max-Planck-Straße ging.

Zum Vorhaben, nun ein Bürogebäude auf dem Gelände „alte Post“ zu errichten, wurde innerhalb der Fraktion diskutiert, dass zusätzliche Arbeitsplätze in Dieburg genauso wie Wohnraum gebraucht werden. Ein vergrößertes Finanzamt als Mieter könnte auf längere Sicht mehr Arbeitsplätze für die Menschen in der Region schaffen. So ginge die Strategie des Landes zur Stärkung des Ländlichen Raums auf. Auch wurde bezweifelt, dass durch den Investor an dieser Stelle kostengünstiger Wohnraum geschaffen wird, der ja in Dieburg am dringendsten benötigt wird. Das hat er an anderer Stelle bereits bewiesen. Und es zeigt das Dilemma der Abhängigkeit von Investoren, wenn die Grundstücke nicht in städtischem Eigentum sind.

Die noch offenen Fragen zum kurzfristig vorgelegten Schreiben der Finanzbehörde konnten in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 4. Februar nicht befriedigend beantwortet werden, Alternativstandorte wurden nicht ernsthaft und nachvollziehbar untersucht.

Die Fraktion hat dem Vorhaben zum Neubau des Finanzamts am Standort „Alte Post“ letztendlich nicht zugestimmt,

- weil das Gelände sich hervorragend für Wohnbebauung anbietet,
- weil sich der sehr massive Bau schlecht in die Umgebung einfügt,
- weil zusätzlicher Verkehr an den Standort im Wohngebiet und in die unmittelbare Nähe der Goetheschule gebracht wird,
- weil die Nutzung der Gewerbeimmobilie nicht unbedingt dauerhaft durch das Finanzamt erfolgen wird, da das Gebäude nur gemietet werden soll. Falls das Finanzamt eines Tages wieder auszieht, könnte durch die nachfolgende Nutzung noch mehr Verkehr angezogen werden.
- und weil die Stellplatzsituation für die Nachnutzung ebenfalls nicht geklärt ist: sollte das Finanzamt aus der gemieteten Immobilie wieder ausziehen, wären die geplanten Parkplätze dann wahrscheinlich zu knapp bemessen, was wiederum die Anwohner zu spüren bekämen.

Wir werden das weitere Verfahren dennoch konstruktiv und aufmerksam begleiten.